

- Verbesserung der Voraussetzungen der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit
- Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag im Hinblick auf gesetzgeberische Maßnahmen und sonstige politische Initiativen;
- Hinweise zur pädagogisch-psychologischen Verarbeitung der DDR-Vergangenheit.

V.

Die Arbeitsweise der Enquete-Kommission soll u. a. folgende Elemente enthalten:

- Gespräche mit Betroffenen und Bürgergruppen vor Ort, Dialog mit Wissenschaftlern und Initiativen, die die DDR-Geschichte aufarbeiten;
- öffentliche Anhörungen und Foren;
- Vergabe von Expertisen und Forschungsarbeiten

[...]

In den anschließenden Beratungen hat die Enquete-Kommission den Auftrag weiter verdichtet und in sechs Themenfelder strukturiert. Diese lauten wie folgt:

1. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung.
2. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR.
3. Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat.
4. Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen.
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur.
6. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Für die Themen Staatssicherheit, Wirtschaft, Seilschaften und Archive richtete die Enquete-Kommission eigene Arbeitsgruppen ein. Ihre Ausgliederung aus der allgemeinen Systematik der Berichterstattergruppen nach Themenfeldern begründet sich durch die besondere Bedeutung der Themen sowie ihre fachspezifische Ausrichtung.

II. *Arbeitsweise der Kommission*

Die Enquete-Kommission war ein gesamtdeutsches Pilotunternehmen, das besonders von Abgeordneten aller Fraktionen aus Berlin, Brandenburg,

Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eingefordert wurde. So kam eine in der Tat gesamtdeutsche Kommission zusammen, die in ihrer Arbeit, in ihren Beratungen – wie kontrovers sie gelegentlich auch waren – eine möglichst gemeinsame Sicht von der Geschichte der deutschen Teilung, ihren internationalen Rahmenbedingungen und der SED-Diktatur zu erarbeiten versuchte. Der Weg war hier auch schon das Ziel.

Eine besondere Prägung erhielt die Arbeit der Enquete-Kommission durch die Zusammenarbeit von Politikern und Wissenschaftlern (Sachverständigen). Dabei haben politische Interessen, unterschiedliche Lebenserfahrungen und wissenschaftliche Positionen eine Rolle gespielt. Daraus erwachsende Spannungsverhältnisse konnten meist produktiv genutzt werden, schlossen allerdings unterschiedliche Bewertungen nicht aus. Gelegentlich waren Kompromisse unvermeidbar, desgleichen die Formulierung eines Mehrheits- und eines Minderheitenvotums (Sondervotum), wenn die politische Bewertung nicht einvernehmlich erfolgen konnte. Dabei wurden die jeweiligen unterschiedlichen Akzentsetzungen der Parteien deutlich. Die Abgeordneten entwickelten rasch ein besonderes Interesse an der Klärung historischer Sachverhalte und Zusammenhänge, während die Wissenschaftler den politischen Charakter der Enquete-Kommission anerkannten; dabei blieben sie um ein methodisch reflektiertes, den Forschungsstand nach Möglichkeit berücksichtigendes Vorgehen bemüht. Zweifellos hat der 1994 beginnende Wahlkampf die Arbeit der Enquete-Kommission nicht erleichtert; ihre Instrumentalisierung für Wahlkampfzwecke konnte nicht ganz verhindert werden.

Von Anfang an war den Mitgliedern der Enquete-Kommission klar, daß angesichts der Komplexität des Themas in einem Zeitabschnitt von über 40 Jahren Schwerpunktbildungen erforderlich waren. Bestimmte Themenbereiche konnten daher entweder überhaupt nicht oder nur sehr knapp behandelt werden. Hierzu zählen vor allem: die Rolle der Wirtschaftspolitik, die Geschichte der NVA, Probleme der Ökologie, Fragen der Sozialpolitik, alternative Entwicklungsmöglichkeiten, Probleme der Wissenschaftspolitik, Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklung der internationalen Beziehungen der SED, die Wechselwirkungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie Vergleiche mit der ersten deutschen Diktatur

(1933–1945) und den anderen „realsozialistischen“ Staaten des Ostblocks. Die Enquete-Kommission hat in den verschiedenen Themenfeldern auf besondere Forschungsdesiderata hingewiesen.

Von der Enquete-Kommission ist für jedes Themenfeld eine Berichterstattergruppe eingesetzt worden, die aus fünf bis sieben Mitgliedern aller Fraktionen und Gruppen bestand und mit der Erarbeitung von Entwürfen für den Bericht an den Deutschen Bundestag beauftragt wurde. Ebenso wurde in den erwähnten Arbeitsgruppen verfahren. Die Berichterstattergruppen hatten zunächst Vorschläge für die beiden wesentlichen Informationsquellen der

Arbeit der Enquete-Kommission zu erarbeiten: Sie berieten über die Vergabe von Expertisen an auswärtige Wissenschaftler und legten die Thematik der Öffentlichen Anhörungen fest. Die Öffentlichen Anhörungen wurden z. T. von eigenen Projektgruppen vorbereitet. Die einzelnen Gruppen wurden von wissenschaftlichen Mitarbeitern des Sekretariats unterstützt.

Die Enquete-Kommission hat in den zwei Jahren ihrer Tätigkeit insgesamt 44 ganztägige Öffentliche Anhörungen in Bonn, Berlin und an verschiedenen Orten der neuen Bundesländer durchgeführt und dabei 327 Wissenschaftler und Zeitzeugen angehört. Neben dem wissenschaftlichen Gutachturvortrag konnten auch die Alltagserfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern einbezogen und ausgewertet werden. Die stenographischen Protokolle, die vom Deutschen Bundestag herausgegeben werden und sämtliche Vortragstexte sowie Redebeiträge im Wortlaut enthalten, stellen eine wertvolle Quelle zur Geschichte der Teilung und der SED-Diktatur dar.

Der öffentliche Charakter der Anhörungen bot Interessierten darüber hinaus die Möglichkeit, einen eigenen Eindruck von der historisch-politischen Aufarbeitung durch den Deutschen Bundestag zu gewinnen. Durch die rege Berichterstattung der Medien konnte ferner erreicht werden, daß eine breite Öffentlichkeit über die Fragen der historisch-politischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte informiert wurde.

Guten Gewissens nimmt die Enquete-Kommission die von der PDS geäußerte Behauptung zur Kenntnis, sie habe bei ihren Recherchen den Repräsentanten, Entscheidungsträgern und Insidern des SED-Regimes zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der Tat kam es ihr in den Anhörungen, insbesondere bei der Befragung von Zeitzeugen, darauf an, vorrangig ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR zu Wort kommen zu lassen, die unter dem SED-Regime entweder zu schweigen genötigt waren oder, weil sie zu den erklärten „Andersdenkenden“ gehörten, unter Repressionen zu leiden hatten. Im übrigen ist ein gutes Dutzend Inhaber von z. T. höchst einflußreichen bzw. Einblick gewährenden Ämtern und Positionen der SED-Diktatur („Nomenklaturkader“) von der Kommission angehört und befragt worden; weitere wurden eingeladen und sagten ab. Es versteht sich von selbst, daß bei der künftigen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas das vorhandene Wissen uneingeschränkt in seiner ganzen Breite auszuschöpfen ist.

Neben der Erarbeitung von Vorschlägen für die Themen der Anhörungen war es eine weitere Aufgabe der Berichtersteller- und Arbeitsgruppen, der Enquete-Kommission Vorschläge zur Vergabe von Expertisen an auswärtige Sachverständige zu unterbreiten. Die Enquete-Kommission hat insgesamt 148 Expertisenaufträge zu 95 Themen vergeben. In zahlreichen Fällen wurden mehrere Autoren um ihre Mitwirkung gebeten, um verschiedene Fragestellungen und Erfahrungshintergründe zu berücksichtigen. Neben diesen Expertisen hat die Enquete-Kommission zwei Forschungsaufträge vergeben, die Sichtung und

Auswertung von Quellen zur sowjetischen Deutschlandpolitik aus russischen Archiven zum Gegenstand haben. Es wurden weiterhin Forschungsberichte von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR eingeholt bzw. von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Sekretariats der Enquete-Kommission erarbeitet. Die Titel dieser Arbeiten sind ebenso wie die der Expertisen in den Berichten über den Beratungsverlauf zu den einzelnen Themenfeldern und in der Gesamtliste im Anhang aufgeführt.

Um sich vor Ort ein Bild vom Stand der Öffnung russischer Archive zu verschaffen und die Möglichkeit ihrer Nutzung für die deutsche Forschung insgesamt zu erkunden, unternahm eine Delegation der Enquete-Kommission in der Zeit vom 5. bis 7. Juli 1993 unter der Leitung des Vorsitzenden, Abg. Rainer Eppelmann, eine Informationsreise nach Moskau und führte dort Gespräche mit Mitgliedern des Parlaments, mit Regierungsstellen, Wissenschaftlern und Archivdirektoren. Der Delegation gehörten neben dem Vorsitzenden der Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell, die sachverständigen Mitglieder der Kommission Prof. Dr. Alexander Fischer, Dr. Armin Mitter, Prof. em. Dr. Hermann Weber, Prof. Dr. Manfred Wilke und außerdem der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, sowie der Sekretär der Kommission, Ministerialrat Dr. Dietrich Lehmborg, an. Der Bericht der Arbeitsgruppe Archive enthält Ausführungen zum Verlauf und zu den Ergebnissen dieser Informationsreise.

Grundlagen für den Abschlußbericht bildeten im wesentlichen alle Materialien der Enquete-Kommission, d. h. die Ergebnisse der Forschungsaufträge, die Expertisen, Berichte, Anhörungen und Diskussionsbeiträge. Schon aus Zeitgründen konnte das bis heute vorliegende umfangreiche deutsche und internationale Schrifttum zum Thema nicht systematisch ausgewertet werden. Desgleichen zeigte sich bei den bestellten Expertisen, daß sich die meisten Autoren auf keine neuen eigenen Forschungen stützen konnten. Der Bericht ist als eine Zwischenbilanz mit politischer Akzentsetzung zu verstehen, nicht aber als eine wissenschaftliche Gesamtanalyse aus der Sicht des Jahres 1994, zumal eine allseitige Einsicht in die Mechanismen und Strukturen des „realen Sozialismus“ nicht angestrebt werden konnte. Dies muß der zukünftigen – nationalen und internationalen – Forschung vorbehalten bleiben. Der Auftrag an die Enquete-Kommission war darauf begrenzt, bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur vor allem Erscheinungsformen, Wirkungen und Lehren zu verdeutlichen.

Die mitunter unterschiedliche Form der inhaltlichen und sprachlichen Darstellung der einzelnen Kapitel im vorliegenden Bericht erklärt sich aus der Vielzahl und Verschiedenheit der Bearbeiter. Eine vollständige inhaltliche und sprachliche Überarbeitung des Gesamtberichts konnte aus zeitlichen und strukturellen Gründen von der Kommission nicht geleistet werden.

Die Enquete-Kommission führte neben den bereits genannten 44 Öffentlichen Anhörungen 37 nichtöffentliche Sitzungen durch. Zusätzlich tagten Berichterstatter-, Arbeits- und Projektgruppen:

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum I. Themenfeld: 15

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum II. Themenfeld: 25

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum III. Themenfeld: 13

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum IV. Themenfeld: 27

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum V. Themenfeld: 14

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum VI. Themenfeld: 16

Sitzungen der Arbeitsgruppe Archive: 10

Sitzungen der Arbeitsgruppe Seilschaften: 12

Sitzungen der Arbeitsgruppe Staatssicherheit: 12

Sitzungen der Arbeitsgruppe Wirtschaft: 5

Beispielhaft werden nur zwei Projektgruppen genannt:

Projektgruppe „Vierzig Jahre Volksaufstand im Juni 1953“: 6 Sitzungen

Projektgruppe „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“: 5 Sitzungen

Die Obleute der Fraktionen und Gruppen kamen in 52 Besprechungen zusammen. Die Arbeitsgruppen der Fraktionen trafen sich in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Darüber hinaus führten sie zusätzlich zu den Anhörungen der Enquete-Kommission eigene Anhörungen durch.

Der Beratungsverlauf im einzelnen ist in den Berichten zu den einzelnen Themenfeldern (Teil B) und zu den Besonderen Problemen (Teil C) dargelegt.

III. *Zusammensetzung der Kommission*

Von den Fraktionen und Gruppen wurden folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages für die Enquete-Kommission benannt:

CDU/CSU-Fraktion:

(ordentliche Mitglieder)

Rainer Eppelmann (Vorsitzender)